

Bericht
20 Jahre Tätigkeit des Landesbeauftragten für die
Belange von Menschen mit Behinderungen im
Saarland (LfB)
und
Bericht an den Landtag des Saarlandes
in der Legislaturperiode 2004 bis 2009

Einleitung

In den letzten 15 Jahren hat sich die Politik von und für Menschen mit Behinderungen entscheidend verändert. Innerhalb dieser Zeit hat sich ein Paradigmenwechsel auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene vollzogen: Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und nicht mehr karitative Versorgung ist das Motto geworden, d.h. Politik für Menschen mit Behinderungen ist Bürgerrechtspolitik. Behinderte Menschen sollen ihre Rechte als Bürger wahrnehmen, sie können anklagen und gut heißen und sie sollen sagen, was sie wann benötigen und was nicht.

Ausgelöst durch die „Rahmenbedingungen für die Herstellung von Chancengleichheit Behinderter“, die im September 1983 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen einstimmig verabschiedet worden sind, durch den Vertrag von Amsterdam der Europäischen Union 1997 sowie der Aufnahme des Diskriminierungsverbotes in Artikel 3 Abs. 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1994 sind Meilensteine in der Behindertenpolitik gesetzt worden.

Durch die Verabschiedung des Bundesgleichstellungsgesetzes im Mai 2002 ist der grundgesetzlich verankerte Rahmen, konkret die Erweiterung des Gleichheitsgrundsatzes in Artikel 3 des Grundgesetzes konkretisiert worden. Eine Ergänzung der Saarländischen Verfassung ist durch die Aufnahme des „Benachteiligungsverbotes“ in Artikel 12 im Jahre 1999 erfolgt. Eine Ausgestaltung des verfassungsgemäßen Rahmens ist durch das Landesbehinderten-gleichstellungsgesetz im Jahre 2003 vollzogen worden. Durch die aufgezeigten Initiativen ist auch ein gedanklicher Wandel auf dem Weg zu einer modernen Behindertenpolitik eingetreten.

Die Umsetzung ist auf Bundesebene im Sozialgesetzbuch IX, dem Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen (BGG) und neuerdings dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG), erfolgt. Auf Landesebene durch die Landesbauordnung und das Saarländische Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (SBGG).

Im Saarland leben 88164 Menschen mit Behinderungen mit einem gültigen Ausweis und einem Grad der Behinderung (GdB) von mindestens 50 von 100 im Sinne des Sozialgesetzbuches IX (Stand Oktober 2007, Landesamt für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz), 36835 Personen mit Merkzeichen „G“ (erhebliche Gehbehinderung), 9374 Personen mit Merkzeichen „aG“ (außergewöhnliche Gehbehinderung) und 21243 Personen mit Merkzeichen „B“ (die auf ständige Begleitung angewiesen sind). 14 % der Gesamtbevölkerung haben eine Behinderung.

	Summe	Männer	Frauen
Erfasste Schwerbehinderte	88164	51023	37141
Mit erheblicher Gehbehinderung	36835	20280	16555
Mit außergewöhnlicher Gehbehinderung	9374	4780	4594
Auf ständige Begleitung angewiesen	21243	10217	11026
Dauernd fremde Hilfe bedürfen	10459	5132	5327
Blindheit vorliegt	1518	620	898

Stand Oktober 2007, Landesamt für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz

Das Saarländische Gleichstellungsgesetz

1- Landesbeauftragter für die Belange von Menschen mit Behinderungen (LfB)

„Nicht über uns ohne uns!“ lautet die Devise. In diesem Sinne hat das Saarland als erstes Bundesland einen Betroffenen als LfB berufen. 1987 ist die Stelle des Landesbeauftragten von der saarländischen Landesregierung aufgrund einer Empfehlung des Landtages des Saarlandes eingerichtet worden. Sie ist als Stabsfunktion direkt dem/der Minister/in für Soziales zugeordnet.

Die Arbeit des Landesbeauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen hat 2003 durch das Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen im Saarland (SBGG) eine rechtliche Absicherung erhalten. Die Aufgaben der oder des Landesbeauftragten sind im § 16 des Gesetzes festgeschrieben. Der LfB soll:

- darauf hinwirken, dass das Ziel des Gesetzes zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen im Saarland (Saarl. Behindertengleichstellungsgesetz – SBGG) verwirklicht und die sonstigen Bestimmungen dieses Gesetzes eingehalten werden,
- die Landesregierung und den Landtag in Grundsatzangelegenheiten behinderter Menschen beraten,
- Anlaufstation für die grundsätzlichen, individuellen und allgemeinen Probleme behinderter Menschen, ihrer Angehörigen und von Verbänden und Institutionen behinderter Menschen sein,
- im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit eine enge Zusammenarbeit mit den Medien durchführen,
- in regionalen und überregionalen Gremien mitarbeiten und
- eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Institutionen, Verbänden und Selbsthilfegruppen pflegen.

Die Zusammenarbeit mit Verbänden, Selbsthilfegruppen, Vereinen und insbesondere den Betroffenen hat bei der Arbeit hohe Priorität. Diese enge Kooperation wird in der Öffentlichkeit durch die Realisierung von unterschied-

lichen Veranstaltungen, die ein breites Publikum bzw. Fachleute ansprechen oder in den Medien wahrgenommen.

2- Landesbeirat

Das Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen hat auch dem im Jahre 1997 gegründeten Landesbeirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen eine rechtliche Grundlage gegeben.

Der Landesbeirat besteht aus 28 verschiedenen Verbänden, Institutionen und Behörden, die auf Landesebene tätig sind. Dabei ist sichergestellt, dass der Beirat sich mehrheitlich aus Vertretern von Organisationen und Selbsthilfegruppen von Menschen mit Behinderungen zusammensetzt. Das Gremium bestimmt die Beratungsthemen in eigener Verantwortung und bespricht sie in öffentlichen Sitzungen.

Der Vorsitzende des Beirates ist Kraft Amtes die/der Landesbeauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen. Die Geschäftsführung ist dem Büro des LfB übertragen worden.

Wichtigste Priorität des Landesbeirates hat die „Integration mit dem Ziel der Normalisierung ohne Sonderlösung“. Das Gremium zieht nach zehn Jahren eine positive Bilanz: Es hat zum Beispiel Einfluss auf die Erstellung des Gleichstellungsgesetzes und auf die Veränderung der Landesbauordnung genommen. Es hat auch an den Vorbereitungen des Landesbehindertenplans der jeweiligen Legislaturperioden mitgewirkt. Durch Resolutionen hat der Beirat Behörden zu Handlungen zugunsten der selbstbestimmenden Teilhabe von Menschen mit Behinderung angeregt.

3- Kommunale Beauftragte

Bei der Herstellung der Barrierefreiheit ist es wichtig, dass kompetente Ansprechpartner vor Ort Präsenz zeigen. Das Gleichstellungsgesetz sieht in §19 für jede Gemeinde und Gebietskörperschaft die Berufung einer/s Beauftragte/n vor. Mittlerweile haben 50 von 52 Gemeinden, 5 Landkreise und der

Stadtverband Saarbrücken eine/n Beauftragte/n ernannt, die/der die Interessen von Menschen mit Behinderungen auf lokaler Ebene vertritt.

Wie wichtig die Initiativen auf lokaler Ebene sein können, zeigen die ehrgeizigen Projekte der Gemeinden Rehlingen-Siersburg und Illingen.

Neben einer Resolution „Barrierefreies Rehlingen-Siersburg, menschengerechtes Handeln im kommunalen Bereich“, hat die Gemeinde einen jährlichen Haushaltsetat für barrierefreie Umbaumaßnahmen, Mittel für die ehrenamtlichen Beauftragten und eine Prioritätenliste beschlossen und erstellt. Durch originelle barrierefreie Gestaltungsmaßnahmen (wie z.B. drei barrierefreie Angelplätze an der Nied) sind die wichtigsten öffentlichen Plätze und Gebäude nach und nach zugänglich ausgebaut worden.

In Illingen ist ein Aktionsprogramm „für Menschen mit Behinderungen mit Umbau der öffentlichen Gebäude, Teilhabe am Arbeitsleben, barrierefrei Kommunizieren und Informieren, vielfältig Wohnen“ eingeführt worden. Der Schwerpunkt liegt dabei in der Integration behinderter Menschen in die Arbeitswelt.

Die kommunalen Behindertenbeauftragten können sich auf die Koordinierungsrolle des LfB stützen, der auch in Partnerschaft mit der Arbeitskammer regelmäßige Fortbildungen und Schulungen im Sinne des Gesetzes zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen im Saarland angeboten hat und wird.

4- Weitere Bereiche des Gesetzes

Kernstück des Gesetzes ist die Herstellung barrierefrei gestalteter Lebensbereiche. Das Ziel einer allgemeinen Barrierefreiheit umfasst neben der Beseitigung räumlicher Barrieren auch die kontrastreiche Gestaltung der Lebensumwelt für sehbehinderte Menschen sowie die barrierefreie Kommunikation im Verwaltungsverfahren mit Gebärdensprachdolmetschern oder über entsprechende elektronische Medien.

Besonders weitreichende Regelungen binden die Verwaltungen. Neue Gebäude müssen künftig barrierefrei sein, für bestehende Bauten gibt es eine Zeitschiene bis zum 1. Januar 2014, in der Barrierefreiheit erreicht werden soll. Bescheide und Vordrucke sind so zu gestalten, dass sie in einer Form bekannt gegeben werden, die für behinderte Menschen wahrnehmbar ist. Internetseiten der öffentlichen Stellen sind durch entsprechende Benutzeroberflächen so weit wie möglich barrierefrei zu gestalten. Hör- und sprachbehinderte Menschen erhalten das Recht, im Verwaltungsverfahren in Gebärdensprache oder mit anderen geeigneten Kommunikationshilfen zu kommunizieren.

Die Bedeutung einer barrierefreien Umwelt sollte nicht mehr betont werden, weil sie eine erhöhte Lebensqualität für **alle** bedeutet. Die Belange behinderter Menschen zu berücksichtigen, ist aber nicht überall durchsetzbar - besonders in alten Gebäuden -. Bei der Bau-, Städte- und Gestaltungsplanung sollten integrative Gesamtkonzepte nach und nach selbstverständlich sein, welche die Erreichbarkeit der wichtigen Einrichtungen des öffentlichen Lebens für alle Menschen, z. B. über zumutbare Ausweichrouten oder durch technische Hilfsmittel sichern. Dabei ist eine Kompromissbereitschaft aller Akteure notwendig, besonders wenn die Ansprüche behindertengerechter Gestaltung anderen Anforderungen, z. B. den Belangen des Denkmalschutzes, widersprechen. Die Praxis hat gezeigt, dass für **alle** Beteiligten zufriedenstellende Kompromisslösungen gefunden werden können, wenn man will.

Politik für behinderte Menschen im Saarland

Das Saarland gilt in vielen Bereichen der Politik für die Belange von Menschen mit Behinderungen als Vorreiter. Es liegt heute in der sog. Rankingliste mit an der Spitze der Bundesländer, wie beispielsweise bei der Integration in Kindertagesstätten, beim Abbau der Arbeitslosigkeit, der landesweit tätigen Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen im Saarland (KISS), die über 700 Selbsthilfegruppen betreut und der Saarbahn, die barrierefrei geplant und gebaut wurde und wird.

Die Wirkung des Landesbeauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen ist von diesen Ergebnissen nicht zu trennen: Beispielsweise durch Gespräche, Sensibilisierung, Koordinierung, Organisation, Information

und Veröffentlichungen. Diese Aktivitäten und Initiativen sind in enger Zusammenarbeit mit Verbänden, Vereinen, Institutionen und Selbsthilfegruppen sowie Betroffenen als Experten in eigener Sache in Form von Tagungen, grenzüberschreitenden Projekten, Broschüren, Infomaterial, Pressearbeit etc... durchgeführt worden.

An dieser Stelle wird ein Überblick über wesentliche Bereiche der Politik für Menschen mit Behinderungen aufgeführt.

Prävention - Früherkennung

Prävention von Behinderung heißt primäre Prävention, d.h. Vermeidung von Behinderung sowie Früherkennung einer funktionalen Gesundheitsschädigung und frühestmögliche therapeutische Interventionsmaßnahmen. Dies können z. B., die Substitution lebensnotwendiger Stoffwechselprodukte, der Einsatz von Hilfsmitteln sowie sonstige Rehabilitationsmaßnahmen, u.a. im Bereich der Entwicklungsförderung sein.

Um beeinflussbare Risikofaktoren für eine Behinderung zu minimieren, müssen Präventionsmaßnahmen bereits vor der Schwangerschaft einsetzen (Impfungen, Einhaltung von Mutterschutzvorgaben). Auch moderne Diagnostik- und Therapiemethoden können dazu beitragen, pränatale Schädigungen zu erkennen.

Immer öfter wird die Auffassung vorgetragen, wer in den Zeiten vorgeburtlicher Diagnostik noch ein erbkrankes Kind zur Welt bringt, ist „selbst Schuld“ und hat auch sämtliche Lasten und Kosten zu tragen und nicht andere zu behelligen. Diese Aussagen sind keine Seltenheit: Es wäre ein fundamentaler Irrtum zu glauben, heute seien Diskriminierung, Missachtung und gesellschaftliche Intoleranz gegenüber Menschen mit Behinderung schon überwunden. Änderungen im Grundgesetz und der Landesverfassung sowie neue Gesetze setzten Signale und zeigen neue Wege auf. Aber das wichtigste ist: Es muss parallel zur Gesetzesänderung auch daran gearbeitet werden, Bewegung in die Köpfe und Herzen der Menschen zu bringen.

Information und Beratung für Eltern, aber auch für die Öffentlichkeit sind notwendig. Die Fachtagung des LfB mit der Lebenshilfe, Saarpfalz e.V. „Behindert heute – Welche Chancen?“ im April 2007 ging der Problematik ausgiebig nach. Die Vielfalt der Meinungen und die damit verbundene Emotionalität war bei dieser Veranstaltung deutlich zu spüren. Gleichzeitig aber auch die Überzeugung, dass trotz medizinischen Fortschritten bestimmte Grenzen nicht überschritten werden dürfen. Behinderung soll als „Anderssein“ verstanden und ohne Wertung wahrgenommen werden.

Die gesundheitliche Betreuung des Kindes beginnt mit der Geburt und der Finanzierung von neun Früherkennungsuntersuchungen. Dabei sind frühzeitige Stoffwechselscreenings vorgesehen, die angeborene Störungen des Stoffwechsels und der Organfunktion erkennen.

Ebenso können hörgeschädigte Säuglinge und Kleinkinder heute „dank“ früher Diagnostik, medizinisch-technischer (z. B. durch Hörgeräte oder Cochlear Implant, die schon in den ersten Lebenswochen angepasst werden können) und pädagogischer Betreuung auf weitgehend natürlichem Weg hören und damit auch ohne große Verzögerung sprechen lernen. Die Homburger HNO-Klinik war eine der ersten in Deutschland, die eine Screeninguntersuchung auf Hörschäden bei allen Neugeborenen schon vor Jahren eingeführt und seit 1997 die Therapie mit einem Cochlear-Implant angewandt hat. Die Haus-sprachfrühförderstelle leistet dabei als wichtiges Bindeglied Unterstützung und Aufklärung betroffener Kinder und deren Eltern. Sie ermöglicht auch eine breite Vernetzung der Akustiker, Pädagogen und Therapeuten und organisiert Weiter- und Fortbildungsveranstaltungen für Fachleute. Ebenso die Lebacher staatlichen Schulen für Gehörlose und Schwerhörige und für Blinde und Sehbehinderte, die im Vorschulbereich tätig sind.

Seit Februar 2007 hat das Saarland als eines der ersten Bundesländer ein Gesetz zur Früherkennung von Vernachlässigung und Misshandlung verabschiedet, das vorsieht, die Teilnahme an allen Früherkennungsuntersuchungen durch Motivation, Erinnerung und aufsuchende Intervention zu verbessern. Auch ein Konzept zur Betreuung von Risikokindern ist für das Saarland

vorgesehen. Z.Zt. arbeiten Kinderkliniken, niedergelassene Kinderärzte, das sozialpädiatrische Zentrum und Leistungsträger daran.

Frühförderung

Als Frühförderung werden alle Maßnahmen gesehen, die zur Behebung oder Besserung von Beeinträchtigungen eines behinderten oder von Behinderung bedrohten Menschen zum frühest möglichen Zeitpunkt einsetzen. Neu ist, dass in Anlehnung an das SGB IX die notwendigen Maßnahmen als Komplexleistung angeboten werden. Das bedeutet medizinisch-therapeutische Leistungen und heilpädagogische Leistungen werden gemeinsam angeboten. Sie werden aufeinander abgestimmt und geben so eine direkte, zielgerichtete und auf den Einzelfall bezogene Hilfe.

Seit Beginn des Jahres 2004 ist im Saarland das Ministerium für Justiz, Arbeit, Gesundheit und Soziales für diese Hilfe zuständig. Eine Landesrahmenempfehlung wurde kürzlich nach intensiven Vorbereitungen im Einvernehmen mit den Verbänden, Behörden und Krankenkassen erarbeitet, neue Strukturen und damit vernetzte Hilfsangebote entwickelt. Bis Ende des Jahres 2007 sollen alle Verträge mit den Trägern abgeschlossen werden um die Maßnahme umsetzen zu können.

Integration in Kindertagesstätten

Im Saarland werden von den 470 Kindern mit Behinderungen 81% in Regelkindergärten durch Arbeitsstellen für Integration betreut. Jedes fünfte behinderte Kind wird im Saarland in einer speziellen Kindertageseinrichtung bzw. in Gruppen betreut.

Ziel ist es, grundsätzlich allen behinderten Kindern - unabhängig von Art und Schwere einer Behinderung - eine gemeinsame Erziehung mit nichtbehinderten Kindern zu ermöglichen. Kindertageseinrichtungen mit integrativen Angeboten sollen sich deshalb künftig konzeptionell auch auf die Betreuung von Kindern mit schweren Behinderungen sowie auf die Altersgruppe der unter 3-Jährigen einstellen.

Schulische Integration

Die Zahlen kehren sich im schulischen Bereich um: Jedes vierte Schulkind mit sonderpädagogischem Förderbedarf wird im Saarland in einer Schule der Regelform unterrichtet. Im Schuljahr 2007/2008 besuchen 3780 behinderte Schülerinnen und Schüler 40 Förderschulen für Behinderte (Zahl ohne Krankenhaus- und Hausunterricht sowie ohne Schulkindergärten an Schulen für Behinderte, Stand: September 2007, Quelle: Ministerium für Bildung, Familie, Frauen und Kultur) und 1576 eine Regelschule mit entsprechender Unterstützung. Die Angebote für Schulkinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf sollen auch in Zukunft differenziert bestehen und auf Wunsch der Eltern behinderungsspezifische Fördermöglichkeiten anbieten. Bei der Suche des geeigneten Schulsystems steht das Wohl der Kinder nach wie vor im Vordergrund. Die Integration in die Regelschule ist eine schulpolitische Errungenschaft, die es weiter auszubauen gilt.

Arbeitsmarkt

Im wichtigen Feld der beruflichen Integration behinderter Menschen sind neue Strategien in den letzten Jahren verfolgt worden. Hier ist es gelungen, die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit von Menschen mit Schwerbehinderung im Saarland kontinuierlich zu reduzieren; z. Zt. sind etwa 10.000 behinderte Menschen beschäftigt. Es gibt immer noch zu viele arbeitslose schwerbehinderte Menschen, aber eine wichtige Bewegung in die richtige Richtung hat sich gezeigt. Dabei konnte die Zahl von 4600 arbeitslosen behinderten Menschen im Jahre 1994 auf 2374 im Jahre 2004 reduziert werden und entgegen dem Bundestrend nahezu gehalten werden (2.631 im Januar 2007). Diese Ergebnisse wurden durch den Aufbau von Integrationsbetrieben, den Einsatz von Fachdiensten sowie dem „Saarländischen Sonderprogramm zur Eingliederung Schwerbehinderter auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt“ und in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit erreicht. Das mittlerweile abgelaufene Sonderprogramm wird als Saarländisches Teilhabe-Programm fortgeführt. Vielversprechend ist dabei das Projekt „Arbeitstrainingsplätze für psychisch behinderte Menschen im Saarland (ATP) mit dem Ziel, Menschen mit einer psychischen Erkrankung eine Hilfestellung beim Wiedereinstieg ins Erwerbsleben anzubieten. Dies geschieht wohnortnah

durch betreutes Training im allgemeinen Arbeitsmarkt, zuerst mit reduzierter Arbeitszeit und einfachen Tätigkeiten, damit die Belastbarkeit nach und nach ausgebaut werden kann.

Die Maßnahmen werden aus Mitteln des Sondervermögens Ausgleichsabgabe finanziert. Im Saarland erfüllt nur jeder 6. Arbeitgeber seine Pflichtquote wenigstens 5% der Arbeitsplätze mit Menschen mit Behinderungen zu besetzen, wenn der Betrieb über 20 Mitarbeiter verfügt. Die Betriebe müssen dann für jeden unbesetzten Pflichtplatz einen Betrag als Ausgleichsabgabe an das zuständige Integrationsamt entrichten.

Werkstätten

Im Saarland betreuen zehn anerkannte Werkstatt-Träger ca. 3400 Personen an 25 Standorten. Die Werkstätten verfügen in ihrem Arbeitsbereich über ein breites Angebot an Arbeitsplätzen. Die Arbeitsbereiche sind wie folgt gegliedert: Produktionsbereich, externe Dienstleistungsgruppe, Arbeitsförderbereich, ausgelagerte Werkstatt-Arbeitsplätze, ausgelagerte Werkstatt-Arbeitsgruppen, Betriebspraktika und Teilzeitarbeitsplätze zum Übergang in den Ruhestand.

Die „Richtlinien zur Integration behinderter Menschen aus den Werkstätten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt“ (RIWA) haben im Saarland die Förderung des Übergangs von Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt seit 2002 dauerhaft „institutionalisiert“.

Werkstätten für Menschen mit Behinderungen sind in unserem Sozialstaatsgefüge nicht wegzudenken. Die Einrichtungen werden sich, wie in der Vergangenheit auch in Zukunft konzeptionell weiterentwickeln müssen.

Zusätzlich bietet das Modellprojekt „Virtuelle Werkstatt für seelisch behinderte Menschen“ weitere Beschäftigungsmöglichkeiten. Das Projekt hat eine Laufzeit von fünf Jahren und damit werden neue Wege zur Teilhabe am Arbeitsleben durch die Beschäftigung von seelisch behinderten Mitarbeitern in ganz normalen Betrieben und Behörden beschritten.

Wohnen

Zum selbstbestimmt und eigenverantwortlichen Leben gehört grundlegend das Wohnen. Deswegen soll den Wünschen behinderter Menschen, dem Grad ihrer Selbstständigkeit und Umfang ihres Hilfebedarfs maßgebend für die Wahl der Wohnform nachgegangen werden, wobei „Ambulant vor stationär“ als Grundsatz feststeht. Im Wesentlichen kann man unterscheiden zwischen selbstständigem Wohnen in der eigenen Häuslichkeit ohne Unterstützungsbedarf, Wohnen in der eigenen Familie oder bei Angehörigen, selbstbestimmtes Wohnen mit ambulanten Hilfen, Wohnen in Einrichtungen mit stationären Hilfen.

Die am 1. Januar 2004 gesetzlich beschlossene Bündelung der Zuständigkeiten für stationäre und ambulante Leistungen der Eingliederungshilfe ermöglicht nun dem Land behinderte Menschen systematisch zu fördern. Besonders im Bereich des „selbstbestimmten Wohnens“ sollte das Ziel sein, dass mittelfristig ein Anteil der ambulanten Hilfen zum Wohnen von mindestens 25% erreicht wird.

Barrierefreier Tourismus

Seit zehn Jahren engagiert sich der LfB in Zusammenarbeit mit dem ADAC-Saarland und dem luxemburgischen Familienministerium für die Entwicklung eines barrierefreien Tourismus im Saarland und in Luxemburg. Die Erstellung von vier Broschüren (drei Tourismus- und ein Hotel- und Restaurantführer) und die Durchführung einer grenzüberschreitenden Tagung im Saarbrücker Schloss hat den Partnern in einer engen Zusammenarbeit die Möglichkeit gegeben, nützliche Informationen an Betroffene weiterzuleiten und gleichzeitig Kultur-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen zum Thema Barrierefreiheit zu sensibilisieren.

Die Erfahrungen grenzüberschreitend zu arbeiten haben es ermöglicht, an dem Projekt EureCard/EureWelcome mit weiteren Partnern der Euregio Maaß-Rhein-Mosel-Saar teilzunehmen.

Die EureCard soll als Servicekarte in dieser Großregion anerkannt werden und Menschen mit Behinderungen Nachteilsausgleiche anbieten.

EureWelcome ist ein Label als Anerkennung der baulichen Barrierefreiheit einer Einrichtung und der persönlichen Zuwendung zu den unterschiedlichsten Besuchern. Der größte Sozialverband des Saarlandes, der VdK ist Partner des Projektes. Es wird dadurch erwartet, dass die als EureCard-Botschafter ernannten Mitglieder des Verbandes vor Ort, sich für die Barrierefreiheit im alltäglichen Bereich engagieren.

Mit ihnen und den kommunalen Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen könnte damit auf kommunaler Ebene viel für die praktischen Belange von Menschen mit Behinderungen erreicht werden.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Ein Schwerpunkt der Landesverkehrspolitik für den ÖPNV ist es, die Zugänglichkeit der öffentlichen Verkehrsmittel für Menschen mit Behinderungen kontinuierlich zu verbessern. Zwischenzeitlich wurden rund 673 barrierefreie Niederflurbusse gefördert. Das sind fast 75% der rund 920 im Einsatz befindlichen Linienbusse. Ein barrierefreier Buslinienverkehr setzt neben dem Einsatz von Niederflurbussen auch den Bau von entsprechenden Haltestellen mit erhöhten Bordsteinen voraus. Seit 1992 sind rund 1000 Haltestellen in dieser Weise um- oder neu gebaut worden. Das sind rund 12% aller Haltestellen. Es wird darauf geachtet, dass diese Entwicklung weiterhin konsequent fortgesetzt wird.

Die Fahrzeuge der neuen Saarbahn sind ebenfalls niederflurig ausgelegt und bieten zusammen mit den auf 36 cm Höhe angelegten Bahnsteigen einen barrierefreien Zugang zum System. Unter Experten genießt die Saarbahn ein hohes Ansehen und gilt als barrierefreies Modellprojekt auf Bundesebene.

Fazit

Die Behindertenpolitik auf Landesebene ist eingebettet in einem umfangreichen nationalen und internationalen Netz. Die enge Zusammenarbeit der 16 Landesbehindertenbeauftragten mit zwei Treffen im Jahr, die nationale Gremienarbeit und die gute Verbindung zu der/dem Bundesbehindertenbeauftragten, aber auch die intensiven Diskussionen und Gespräche mit den Be-

troffenenverbänden geben den Belangen von/für Menschen mit Behinderungen Konturen. Deutschland hat schon am ersten Tag die UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen unterzeichnet. Welche Perspektiven in der Welt diese Konvention genau ermöglichen wird, ist noch zu abwarten. Sicher ist allerdings, dass eine starke Lobby verankert ist. Die Bundes- und Landesbeauftragte sind in der Bundesrepublik Deutschland neben den Vereinen und Verbänden wichtige Akteure dieser Bewegung.

Es gibt noch viel zu tun. Bis 2014 sollen nach der saarländischen Landesbauordnung alle öffentlichen Gebäude des Saarlandes barrierefrei umgestaltet werden. Mittelfristig ist aber anzustreben, dass auch im privaten Bereich die Barrierefreiheit selbstverständlich wird.

Ab 1. Januar 2008 haben alle Menschen mit Behinderungen einen Rechtsanspruch auf Beantragung eines persönlichen Budgets. Gerade bei der Umsetzung des Instrumentes persönliches Budget im Sinne des SGB IX gilt es, noch viele Barrieren und Schwierigkeiten auszuräumen. Hier herrscht bei allen Beteiligten noch ein großer Informations- und Aufklärungsbedarf. Deshalb führen der Landesbeauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen und das Referat „Behindertenpolitik“ des Ministeriums für Justiz, Arbeit, Gesundheit und Soziales gemeinsam eine Fachveranstaltung im Dezember 2007 durch.

Von barrierefrei gestalteten Lebensbereichen profitieren alle Menschen in unserer Gesellschaft mit oder ohne Behinderung, junge Eltern sowie ältere Mitbürger. Für diese Welt der Solidarität lohnt es sich zu engagieren.

**Einige Aktivitäten in Zusammenarbeit mit
Vereinen, Verbänden, Selbsthilfegruppen und Institutionen
von 1987 bis 2007**

- Durchführung eines Schiffsausfluges nach Saargemünd für schwerbehinderte und nicht behinderte Kinder mit ihren Angehörigen in Zusammenarbeit mit dem Verein „Miteinander Leben Lernen“ und dem DPWV (speziell für Kinder, die nicht in Urlaub fahren können).
- Aktion „Euro-Toiletten-Schlüssel“ - Ausgabe von Schlüsseln an schwerstbehinderte Menschen wegen der Benutzung der öffentlichen barrierefreien Toilettenanlagen (bundesweite einheitliche Schließanlage) in Kommunen sowie Autobahnraststätten und -parkplätzen.
- Ideeller Träger des im zweijährigen Rhythmus stattfindenden saarländischen Integrationsfestes für behinderte und nichtbehinderte Kinder. Veranstalter waren die Arbeitseinheit Sonderpädagogik der Universität des Saarlandes, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Verein Miteinander Leben Lernen, Landesinstitut für Pädagogik und Medien und Arbeitskammer des Saarlandes.
Ziel des Festes war es, den Integrationsgedanken, nämlich das Gelingen gemeinsamen Lebens, gemeinsamen Spielens und gemeinsamen Lernens von Menschen mit und ohne Behinderung zu fördern.
- Durchführung einer Fachtagung über „barrierefreie Gestaltung“ des „ÖPNV“ im Berufsbildungswerk des Christlichen Jugenddorfes - in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der „Behindertenverbände im Saarland“.

Zweck der Veranstaltung war es, die Steigerung der Mobilität behinderter Menschen und die öffentlichen und privaten Verkehrsunternehmen anzuregen, zukünftig ausschließlich Niederflurbusse anzuschaffen und finanzielle Möglichkeiten zur Schaffung eines barrierefreien ÖPNV aufzuzeigen.

- Ideeller Träger des jährlich stattfindenden Sebastian Schmidt-Gedächtnisturnieres im Basketball für Rollstuhlfahrer unter Beteiligung von in- und ausländischen Mannschaften. Veranstalter war die Gelähmtensportgruppe Saar e.V.
- Mitarbeit im Modellprojekt soziale Dienste vor Ort, das am 01. September 1988 durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung initiiert worden ist. Ziel des Projektes war es, dass
 - die Hilfsangebote der verschiedenen Träger besser aufeinander abgestimmt
 - die Hilfen für die Hilfsbedürftigen übersichtlich gestaltet und
 - vor allem mehr Menschen von den Hilfsangeboten erreicht werden.

So wurden die Voraussetzungen verbessert, damit besonders alte und behinderte Menschen die Möglichkeit haben, so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung verbleiben zu können.

- Durchführung eines Seminars über „Sexualität geistig behinderter Menschen“ - 1988 - gemeinsam mit dem Bildungswerk des Landesverbandes der Lebenshilfe für geistig Behinderte e.V.. Referent war Prof. Walter aus Freiburg.

Ziel des Seminars war es, das Tabu-Thema „Sexualität geistig behinderter Menschen“ in Form eines Referates und eines Filmes aufzuarbeiten sowie mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Eltern und Betroffenen zu diskutieren.

- Durchführung der Fachtagung „Arbeitsinitiativen und Firmenprojekte für psychisch behinderte Menschen“ in der Bildungsstätte der Arbeitskammer in Kirkel in Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Saarbrücken und der Arbeitskammer des Saarlandes.
Ziel des Seminars war es, Institutionen und Verbänden im Saarland sowohl Hilfestellung beim Aufbau von Arbeitsinitiativen und Firmenprojekten zu geben, als auch auf die damit verbundenen Schwierigkeiten hinzuweisen.
- Informations- und Diskussionsabend über „Sexualität körperlich behinderter Menschen“ - 1988 - in der Wohnanlage der reha gmbh, Werkstatt für Behinderte in Saarbrücken in Zusammenarbeit mit dem Verein spastisch Gelähmter und sonstiger Körperbehinderter im Saarland. Referent war Herrmann B.F. Offenhausen - Autor des Buches „Behinderung und Sexualität“.
Ziel der Veranstaltung war es, über Fragen der Sexualentwicklung und des Sexualverhaltens bei körperlich behinderten Menschen zu informieren und anschließend mit dem Referenten zu diskutieren.
- Durchführung eines Ideenwettbewerbes und die Gestaltung des Rahmenprogrammes der Messe „EU-Reha“ - 1989 - gemeinsam mit der Arbeitskammer und der Saarmesse GmbH. Die wirtschaftlichen Träger waren die Foire internationale de Metz und die Saarmesse GmbH.
- Herausgabe eines satirischen Kalenders mit Motiven in Form von Karikaturen aus dem Alltag behinderter Menschen - 1989 - gemeinsam mit der Landeshauptstadt Saarbrücken und der reha gmbh, Werkstatt für Behinderte.
Nach Angaben von Verbänden und SH-Gruppen war es bundesweit einmalig, dass ein Bundesland, eine Werkstatt für behinderte Menschen und eine Kommune einen solchen Kalender entwickelt und veröffentlicht haben.

- Durchführung eines Fachseminares unter Leitung der FAF (Fördert Arbeitsinitiativen und Firmenprojekte - Berlin) über den Aufbau von „Integrationsbetrieben für seelisch behinderte Menschen“ - 1989 - in der Bildungsstätte der Arbeitskammer in Kirkel in Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Saarbrücken und der Arbeitskammer.
Nach Angaben von Vereinen und Institutionen war es bundesweit einmalig und modellhaft, dass ein Fachministerium, die Arbeitskammer und eine Landeshauptstadt eine solche Fachtagung ausrichten. Die fachliche Leitung der Veranstaltung hatte die FAF e.V. aus Berlin übernommen. Zweck des Seminars war es, zumindest eine punktuelle Verbesserung der Situation psychisch behinderter Menschen am Arbeitsmarkt durch Einrichtung von Integrationsbetrieben zu erreichen.
- Durchführung des Ideenwettbewerbes „Arbeitsplätze für Behinderte“ im Vorfeld der EUREHA (Europäische Rehabilitationsmesse) in Verbindung mit der Arbeitskammer. Die Aktion war erfolgreich, wie die vielen Zusendungen eindrucksvoll belegten.
- Durchführung der EUREHA 1989 auf dem Messegelände in Saarbrücken. Wirtschaftliche Träger der Messe: Saarmesse GmbH und die Foire Internationale de Metz. Schwerpunkte der Veranstaltung waren
 - die Ausstellung über Hilfs- und Verkehrsmittel - Wohnen - Arbeiten - Reisen und Freizeit
 - ein Informations- und Beratungsangebot für Betroffene bzw. deren Angehörige durch Sozialleistungsträger, Verbände, Vereine sowie Selbsthilfegruppen
 und
 - die Durchführung eines interessanten und ausgewogenen Rahmenprogrammes, zum Beispiel Podiumsdiskussionen, Sportwettkämpfe.
 Ideelle Träger der Messe waren die saarländischen Behindertenverbände, die Arbeitskammer und der Landesbeauftragte für Behindertenfragen.

Die Resonanz auf die Veranstaltung war mit insgesamt 12.000 Besuchern positiv.

- Aktion - Anlegung barrierefreier Wanderwege gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium - Landesforstverwaltung -, dem Saarwald-Verein und Kommunen, z. B. Quierschied, Ensdorf, Schwalbach, Kirkel.
- Herausgabe der Broschüre „Natur erlernen - Natur erleben für uns alle“ in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wirtschaft, dem Saarwald-Verein, dem örtlichen Forstamt, der Gemeinde Nohfelden, dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband und lokalen Institutionen. Die Info-Schrift beschreibt den modellhaft angelegten barrierefreien Wanderweg im Buchwald in Nohfelden.
- Mitarbeit bei der Organisation der ersten Saarländischen Selbsthilfetage 1989 in der Saarbrücker Kongresshalle. Über 130 saarländische Selbsthilfeorganisationen nutzten die beiden Tage, um sich und ihre Arbeit einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen, aber auch um untereinander Erfahrungen auszutauschen. Die Selbsthilfetage sollten einerseits aber auch Anstöße für eine breitere gesellschaftliche Diskussion des Selbsthilfegedankens und darüber hinaus Impulse zur Weiterentwicklung der Selbsthilfe geben.
- Durchführung verschiedener Aktivitäten wie beispielsweise „im Rollstuhl durch Saarbrücken“ mit einer Redakteurin der Saarbrücker Zeitung (ebenfalls im Rollstuhl), um die Behindertenfreundlichkeit der Landeshauptstadt Saarbrücken zu testen; Mitwirkung in dem TV-Film „Ein Leben zweiter Klasse - behinderte Menschen in Deutschland“ - 1991 -.
- Ausstellung „Mobilität und Behinderung“ - 1991 - in der Saar Galerie in Zusammenarbeit mit dem ADAC Saar, der Landesarbeitsgemeinschaft „Hilfe für Behinderte“ sowie Firmen und Institutionen.

Ziel der Veranstaltung war es, behinderte Menschen über alle Fragen rund um das Auto zu informieren, Wege zum Führerschein aufzuzeigen und die Ausstellung behindertengerechter Fahrzeuge sowie Neuentwicklungen.

- Besuch einer schwedischen Delegation unter der Leitung des Europabeauftragten der schwedischen Regierung für Behindertenfragen, um die „saarländische Lösung“ bei der Integration behinderter Kinder in Vorschule und Schule kennenzulernen.

Im Rahmen eines europäischen Kongresses im folgenden Jahr wurde in Halmstadt in Schweden der „saarländische Weg zur Integration“ vorgestellt und diskutiert.

- Expertengespräch „Integration geistig behinderter Menschen in Schule und Arbeitswelt“ - 1993 - im Saarbrücker Schloss in Zusammenarbeit mit dem Verein Miteinander Leben Lernen, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und der Arbeitskammer des Saarlandes.

Die Veranstaltung stand unter dem Leitsatz: Endet die Integration behinderter Menschen in Regeleinrichtungen nach dem 10. Schuljahr oder kann sie auch in der Berufsschule weitergehen? Die Integration dieser Jugendlichen, insbesondere mit geistiger Behinderung in allgemeine berufliche Ausbildung und Beschäftigung stellt eine Herausforderung dar.

- Herausgabe der Broschüre „Leistungsverzeichnis für Industrie, Handel und Handwerk“ gemeinsam mit den Werkstätten für behinderte Menschen im Saarland. Laut einer Umfrage kennen 75 Prozent der Bevölkerung und zahlreiche Betriebe Werkstätten mit ihren Produkten bisher nicht oder hatten nur vage Vorstellungen.

Ziel der Schrift ist es daher, Werkstätten mit ihren breit gefächerten Angebotspaletten als vollwertigen Teil des Wirtschaftslebens bekannt zu machen.

- Veröffentlichung der Broschüre „Integrationsbetriebe für psychisch behinderte Menschen“, die in Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Saarbrücken und der Arbeitskammer erstellt wurde.
Die Info-Schrift stellt einen richtungsweisenden Ansatz zur punktuellen Verbesserung der Arbeitsmarktsituation psychisch behinderter Menschen dar. Sie soll in eine betriebswirtschaftliche Denkweise einführen und grundlegende Fachkenntnisse vor allem auf rechtlichem und betriebswirtschaftlichem Gebiet vermitteln.
- Herausgabe des Faltblattes „Damit können Betriebe rechnen“ gemeinsam mit dem Landesarbeitsamt, der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer.
Das Leparello informiert in verständlicher Form über finanzielle und persönliche Hilfen bei der Einstellung bzw. Weiterbeschäftigung behinderter Menschen. Ziel der gemeinsamen Initiative war es, zur Verbesserung der Situation auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beizutragen.
- Durchführung der Fachveranstaltung „Mobilität und Behinderung - Situation und Perspektiven rund um das Auto im Saar-Lor-Lux-Raum“ - 1994 - in Nennig in Zusammenarbeit mit der Arbeitskammer, ADAC Saarland und ADAPTH (Luxemburg) sowie französischen Institutionen. Ziel der Fachtagung war es, angesichts von 60 bis 80 Millionen behinderten Menschen europaweit gleiche Rechtsvorschriften bei Hilfen zur Steigerung der Mobilität zu entwickeln. Dies gilt z. B für die Eintragung von behindertengerechten Zusatzgeräten in den Führerschein oder Hebevorrichtungen für Rollstühle.
- Fachtagung „Integration von Menschen mit geistiger Behinderung in Schule und Arbeitswelt“ - 1994 - in der Arbeitskammer Kirkel in Zusammenarbeit mit der Arbeitskammer, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und Verein Miteinander Leben Lernen.
Nach der 1986 eingeleiteten schulischen Integration stellt sich nunmehr die Frage der beruflichen Eingliederung behinderter Schüler und

Schülerinnen in den allgemeinen Arbeitsmarkt. In diesem Zusammenhang gilt es, entsprechende Bedingungen für die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit zu schaffen, die eine konsequente Weiterentwicklung der Integration in Regelschulen darstellt.

- Durchführung eines Workshops „Arbeitsassistenz“ - 1995 - im Saarbrücker Schloss gemeinsam mit der Arbeitskammer, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und dem Verein Miteinander Leben Lernen.

Referenten waren Mitarbeiter der Hamburger Arbeitsassistenz und des saarländischen berufsbegleitenden Dienstes, die ihre Arbeit darstellten. Ziel der Veranstaltung war es, Wege zur beruflichen Integration behinderter Menschen aufzuzeigen, um auf dieser Grundlage ein eigenverantwortliches und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

- Herausgabe des Faltblattes „Wege für Behinderte zur Fahrerlaubnis“ - 1995 - in Zusammenarbeit mit TÜV Saarland, DEKRA AG und DEKRA ETS, Fahrschule Arthur Weidenhof, Landeshauptstadt Saarbrücken - Ordnungsamt -, ADAC Saarland und der Arbeitskammer.

Wie ist Autofahren trotz Behinderung möglich, welche Änderungen müssen am Fahrzeug vorgenommen werden? Diese Fragen beantwortet die Info-Schrift.

- Veranstaltungsreihe „Kunst in Werkstätten“ - auf Landesebene - mit insgesamt 8 Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für Behinderte und dem Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft.

Die Veranstaltungsreihe reflektierte das gesamte Spektrum kulturellen Schaffens saarländischer Künstlerinnen und Künstler. Ziel des Projektes war es, mit Hilfe von Kunst und Kultur mehr Öffentlichkeit in die Werkstätten für behinderte Menschen zu bringen. Das Zusammenspiel von Kultur und Sozialem schafft eine neue Qualität des Zusammenlebens.

- Durchführung der Ausstellung „Mobilität und Behinderung - Fahrzeuge für die Freizeit“ - 1995 - in der Saar Galerie Saarbrücken in Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft „Hilfe für Behinderte“ und dem ADAC Saarland.

Ziel der Ausstellung: Sie bot einen kleinen Einblick über die Palette an Hilfen im Freizeitbereich. Der SR - Saarlandwelle - berichtete zwei Stunden live über die Ausstellung. Zweck des Projektes war es, insbesondere saarländische Institutionen und Firmen eine Plattform zu bieten sowohl ihr Wissen als auch praktische Arbeit an bzw. für mobilitätsbehinderte Menschen weiterzugeben bzw. Fahrzeuge und Hilfsmittel auszustellen.
- Durchführung einer Aktionswoche für behinderte Menschen im Saarpfalz-Kreis 1996 gemeinsam mit dem Saarpfalz-Kreis, der Stadt St. Ingbert und zahlreichen Vereinen und Verbänden.

Unter dem Motto „Gemeinsam sind wir stark“ haben sich behinderte und nichtbehinderte Mitbürgerinnen und Mitbürger im Saarpfalz-Kreis zu Informations- und Kulturveranstaltungen getroffen. Ziel war es, behinderte und nichtbehinderte Menschen zu einem Dialog einzuladen und ein Zeichen der Solidarität zu setzen.
- Durchführung einer Podiumsdiskussion „Körperbehinderung und Sexualität“ „Neue Formen des praktischen Umgangs - Kontaktservice Sensis stellt sich vor“ - 1996 - in der Modernen Galerie in Saarbrücken gemeinsam mit der reha gmbh (Werkstatt für behinderte Menschen) und dem Verein Miteinander Leben Lernen.

Partnerschaften zwischen behinderten bzw. nichtbehinderten Menschen sind noch immer eine Ausnahme. Sensis ist die erste Körperkontaktstelle für schwer mobilitätsbehinderte Menschen in Deutschland, die bezahlte Dienstleistungen anbietet. Das „Sensis-Konzept“ stammt aus Holland und hat sich dort in den letzten 12 Jahren bewährt.

Ziel der Veranstaltung war es, das „Tabu-Thema“ schwere Körperbehinderung und Sexualität seriös aufzuarbeiten.

- Durchführung der Veranstaltung behinderte und nichtbehinderte Kinder und Jugendliche lernen gemeinsam „10 Jahre schulische Integration“ - 1996 - in der Arbeitskammer Kirkel in Zusammenarbeit mit der Arbeitskammer, dem Verein Miteinander Leben Lernen und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Die Grundlage für die schulische Integration im Saarland wurde im Juni 1986 durch die Änderung des Schulordnungsgesetzes geschaffen. Zehn Jahre schulische Integration waren Anlass, den Weg zum heutigen Stand nachzuzeichnen und einer kritischen Wertung zu unterziehen.

Dieser Jahrestag sollte jedoch auch den Blick nach vorn öffnen. Nichts ist so gut, dass es nicht verbessert werden könnte. Ziel der Fachveranstaltung war es, für die Weiterentwicklung der Integration behinderter Menschen zu werben und uns allen zu helfen, miteinander leben zu lernen.

- Durchführung des Projektes „Kunst in Werkstätten“ in der Saar-Lor-Lux-Region - 1997 - mit insgesamt 15 Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für Behinderte im Saarland, dem Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft des Saarlandes, dem Ministerium für Behindertenfragen in Luxemburg, der Préfecture de la Moselle - Sous-Préfecture Saargemünd - und Werkstätten für behinderte Menschen aus Luxemburg und Frankreich.

Die guten Erfahrungen und die positive Resonanz der ersten Veranstaltungsreihe auf Landesebene waren Anlass, die Reihe fortzusetzen und die Werkstätten in verschiedenen Regionen Lothringens und Luxemburgs mit einzubeziehen. Auf diese Weise sollte nicht nur der Austausch zwischen behinderten und nichtbehinderten Menschen, sondern auch die Kommunikation zwischen den Einrichtungen selbst gefördert werden. Langfristig wird eine dauerhafte grenzüberschreitende Zu-

sammenarbeit der Werkstätten des Saarlandes, Lothringens und Luxemburgs angestrebt. Hauptziel der Reihe ist die Integration von Kunst und Kultur in Werkstätten, um neue Wege bei der Öffnung der Einrichtungen für die Öffentlichkeit zu erschließen.

- Durchführung einer Podiumsdiskussion zur Integration behinderter Kinder und Jugendlicher in Schule und Beruf in der Modernen Galerie sowie eines Info-Standes in der Saar Galerie zum Europaweiten Protesttag am 05.05.1997 in Saarbrücken in Zusammenarbeit mit der Arbeitskammer, dem Behindertenbeirat der Landeshauptstadt Saarbrücken, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Universität des Saarlandes, dem Verein Miteinander Leben Lernen und dem Landesinstitut für Pädagogik und Medien.

Ziel der beiden Veranstaltungen war es, auf Probleme bei der Eingliederung in Schule und Beruf aufmerksam zu machen und ein Zeichen für die Gleichstellung behinderter Menschen zu setzen.

- Durchführung einer Auftaktveranstaltung des saarländischen Aktionsbündnisses zur Verbesserung der Beschäftigungschancen behinderter Menschen im Rahmen eines Expertengesprächs im Bildungszentrum der Arbeitskammer in Kirkel im September 1997. Mitglieder des Aktionsbündnisses waren das Landesarbeitsamt Rheinland-Pfalz/Saarland, die Arbeitskammer, das Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie der Landesbeauftragte für Behindertenfragen.

Die Idee zu der gemeinsamen Initiative entstand vor dem Hintergrund, dass in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sowie hoher Arbeitslosigkeit vorhandene Ressourcen gebündelt und möglichst effizient eingesetzt werden sollten. Ziel des Aktionsbündnisses war es, gesellschaftliches Bewusstsein und ein positives Klima für die Aufgabe der beruflichen Integration zu schaffen sowie neue Wege für eine erfolgreiche berufliche Integrationspolitik aufzuzeigen. Als erster Schritt hat das ISO - Institut für Sozialforschung und Sozialwirtschaft e.V. in Saarbrücken ein neues Gutachten „Anstöße zur Verbesserung der Eingliederung

Schwerbehinderter in Arbeitsverhältnisse des 1. Arbeitsmarktes im Saarland“ der Expertenrunde vorgelegt und anschließend zur Diskussion gestellt.

- Herausgabe des Faltblattes „Fairness beim Parken“ - Mobilitätsbehinderte Menschen sind auf freie Parkplätze angewiesen - gemeinsam mit dem Verkehrssicherheitsbeauftragten des Ministeriums des Innern anlässlich des von der UNO ausgerufenen „Welttages der Behinderten“ am 03. Dezember 1997.

Grund:

Mobilitätsbehinderte Menschen sind zur Erledigung von Unternehmungen des täglichen Lebens, wie Einkäufe, Arztbesuche oder Behörden-gängen auf die besonders ausgewiesenen Parkplätze angewiesen. Öffentliche Verkehrsmittel können mobilitätsbehinderte Menschen oft gar nicht, nur mit fremder Hilfe oder mit erheblichem Aufwand nutzen. Es geht hier also nicht um ein Privileg, sondern um eine Voraussetzung zur Führung eines selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Lebens: Die Mobilität.

Ziel der Aktion war es, dass nichtbehinderte Autofahrer Solidarität und Fairness üben, um die ausgewiesenen Behindertenparkplätze freizuhalten. Insgesamt wurden landesweit mit Unterstützung des VdK, den Polizeidirektionen, Behindertenvereinen und Selbsthilfegruppen 22.500 Exemplare verteilt.

- Herausgabe der Broschüre „Damit können Arbeitgeber rechnen - Hilfen zur Eingliederung von schwerbehinderten Menschen“ im Februar 1998 in Zusammenarbeit mit dem Landesarbeitsamt Rheinland-Pfalz-Saarland und mit Unterstützung der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer des Saarlandes. Die Broschüre wurde im Rahmen eines Pressegespräches in der Firma INA - Schaeffler Wälzlager OHG in Homburg vorgestellt.

Die Broschüre informiert über die wichtigsten finanziellen Leistungen sowie Möglichkeiten der persönlichen Beratung und Unterstützung für

Arbeitgeber bei der Ausbildung, Einstellung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen. Die dauerhafte berufliche Eingliederung behinderter Menschen ist eine wesentliche Voraussetzung für gesellschaftliche Integration und weitestgehende Normalität im Alltag.

- Durchführung der Fachveranstaltung „jung, behindert und qualifiziert“ - Junge Menschen mit Behinderungen sind gut gerüstet für das Arbeitsleben - im Februar 1998 im Berufsbildungswerk (CJD) Homburg. Veranstalter waren das Aktionsbündnis zur beruflichen Integration behinderter Menschen: Arbeitskammer des Saarlandes, Landesarbeitsamt Rheinland-Pfalz-Saarland, Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales, der Landesbeauftragte für Behindertenfragen.
Referenten des Aktionsbündnisses informierten über aktuelle Qualifikations- und Fördermöglichkeiten, um die berufliche Integration junger behinderter Menschen voranzubringen. Eingeladen waren z. B. private und öffentliche Arbeitgeber, Gewerkschaften, Kirchen.
Zweck: Zukünftige Facharbeiter und Angestellte, deren Qualifikation auf dem Stand der neuesten Ausbildungsanforderungen beruhen, brauchen eine Chance, um sich weiterentwickeln zu können - eine Aufgabe für jeden von uns.
- Herausgabe der Broschüre „Freizeitangebote für mobilitätsbehinderte Menschen“ - Saarland und Luxemburg - im April 1998 gemeinsam mit dem ADAC Saarland und dem Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales, dem Landesbeauftragten für Behindertenfragen. Die zweisprachig verfasste Informationsschrift war der erste Freizeitführer dieser Art in der Region.
Zweck der Broschüre ist es, mobilitätsbehinderte Menschen gezielte Informationen zu geben, damit sie ihre Freizeit individuell gestalten können. Sie gibt einen Überblick über barrierefreie Waldwege, Parkanlagen, Stadttouren und Seewege.
Ziel war es, Normalität im alltäglichen Leben zu unterstützen, Ausgrenzungen zu vermeiden und Toleranz zu fördern.

- Vorstellung des „Dienst-Ruf-Systems“ der BP Oil im Saarland am 25.02.1999 in Saarlouis.

Das „Dienst-Ruf-System“ für mobilitätsbehinderte Menschen ist ein elektronisches System. Mit einem Sender kann der Betroffene, beispielsweise bei der Einfahrt in eine Tankstelle Hilfe anfordern. Beim Empfangsgerät des Tankwartes ertönt ein Signal und es leuchtet ein Lämpchen auf. Der Tankwart drückt einen Knopf zur Bestätigung und ist beim Tanken behilflich. Das elektronische System ist eine einfache aber sinnvolle Service-Leistung für schwer mobilitätsbehinderte Menschen.

Das neue System schließt ein weiteres Glied in der Kette von Hilfen und Maßnahmen für mehr Eigenständigkeit und Normalität behinderter Menschen im Saarland.

- Durchführung einer Podiumsdiskussion „Fakten auf den Tisch - Behindertenpolitik auf Bundes- und Landesebene“, am 11.03.1999, in Saarbrücken mit der Arbeitskammer des Saarlandes sowie gemeinsam mit den Sozialverbänden VdK und Reichsbund und der Landesarbeitsgemeinschaft „Hilfe für Behinderte“.

Teilnehmer/in im Podium waren Ministerin Barbara Wackernagel-Jacobs, Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales, Karl Hermann Haack, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Behinderten und Wolfgang Gütlein, der Landesbeauftragte für Behindertenfragen.

Die Maßnahmen und Projekte der saarl. Landesregierung sind darauf ausgerichtet, behinderten Menschen ein möglichst selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben zu ermöglichen.

Ziel der Veranstaltung war es, die Ergebnisse der saarl. Landesregierung in der Behindertenpolitik vorzustellen. Diese sind eine gute Grundlage für weitere notwendige Aktivitäten, z. B. Initiierung weiterer Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Aufbau alternativer

Wohnformen, Verbesserung der Mobilität, Schaffung ausreichender Freizeitangebote und Sportmöglichkeiten.

- Grenzüberschreitender Workshop „Die Werkstätten für Behinderte im Wandel - Erschließung neuer Wettbewerbsfelder“ im April 1999 im Château in Dippach/Bettange in Luxemburg in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Familie in Luxemburg und der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für Behinderte im Saarland.

Referenten des Workshops waren Prof. Dr. Ulli Arnold, Forschungsstelle für das Management für Sozialorganisationen (FORMS) der Universität Stuttgart, Rainer Knapp, Geschäftsführer der Gemeinnützigen Werkstätten und Wohnstätten GmbH (GWW) in Sindelfingen und Dr. Sönke Martens, Institut für Psychologie der Universität in Hildesheim.

Ziel der Veranstaltung war es, die grenzüberschreitende Kooperation im Behindertenbereich weiter auszubauen, neue Wege für zukünftige Geschäftsfelder zu erschließen, Geschäftsprozesse und -strukturen weiter zu entwickeln und Beschäftigungs- und Fortbildungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen zu initiieren.

- Herausgabe der Broschüre „Werkstätten für Behinderte - Ihre kompetenten Partner für Industrie, Handel und Handwerk“ gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für Behinderte im Saarland im August 1999.

Die Broschüre gibt einen Überblick über die breitgefächerte Produktpalette der Werkstätten, nennt Standorte und Ansprechpartner und erläutert die wirtschaftlichen Vorteile, von denen Geschäftspartner der Werkstätten für behinderte Menschen profitieren können. Die wirtschaftlichen Erfolge der Werkstätten sind das Ergebnis von Qualität, Management, Zuverlässigkeit und Flexibilität, aber auch von der Arbeitsleistung von über 2.600 behinderten Menschen.

Ziel war es, für die Dienstleistungen und Produkte der Werkstätten zu werben und die Zusammenarbeit zwischen den Werkstätten und der freien Wirtschaft zu intensivieren.

- Veranstaltung in Form eines „Sonntags-Matinées mit der Dixie-Gruppe: The Dread ful Dandy Dixie Whoopers“ im Juni 2000 im Innenhof der historischen Limbacher Mühle in Kirkel-Limbach gemeinsam mit dem Förderverein Limbacher Mühle und dem Christlichen Jugenddorfwerk Homburg.

Ziel der Veranstaltung war es, einen neuen Weg mit Hilfe von Kultur bei der Integration von Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft zu erschließen. Auf diese Weise werden leichter Verständigungsbarrieren und Vorurteile abgebaut. Die Schirmherrschaft über die integrative Veranstaltung hatte Staatssekretär Josef Hecken, Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales übernommen.
- Thementag am 28. April 2000 zum Europäischen Protesttag zur Gleichstellung behinderter Menschen am 05. Mai 2000 gemeinsam mit SR 1 und dem VdK Saarland.

Die Beiträge im Rahmen des Thementages, beispielsweise zu Kindergarten und Schule, Ausbildung und Arbeitsmarkt, Bauen und Wohnen, Mobilität und Reisen haben die Probleme aufgezeigt und es wurden Lösungsansätze andiskutiert. Der Thementag war sicherlich ein wichtiger Beitrag, mehr Bewusstseinsbildung für die Situation und Probleme von Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft zu erreichen.
- Erstellung der grenzüberschreitenden Broschüre „Freizeitangebote für alle“ für sinnes- und mobilitätsbehinderte Menschen in der Saar-Lux-Region in Zusammenarbeit mit dem Familienministerium Luxemburg und dem ADAC Saarland im April 2001.

Ziel des „kleinen Reiseführers“ ist es, besondere kulturelle und touristische Angebote in Luxemburg und dem Saarland vorzustellen. Die zweisprachige Info-Schrift ist der zweite Band im Rahmen der grenzüberschreitenden Freizeitführer für den Saar-Lux-Raum.

- Durchführung eines grenzüberschreitenden informativen u. kulturellen Abends unter dem Motto „Kunst in Werkstätten“ am 12. Mai 2001 in der Congresshalle Saarbrücken. Veranstalter waren LfB und die Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für Behinderte.
Ziel der Veranstaltung war es, mit Hilfe der Vernetzung von Kultur und Sozialem neue Wege zur Öffnung der Werkstätten für die Allgemeinheit zu erschließen und somit eine neue Qualität gesellschaftlichen Lebens zu schaffen.
- Forum „Sterbehilfe“ am 4. September 2001 in Zusammenarbeit mit der SZ in der Modernen Galerie – Saarland Museum, Saarbrücken. Es fand eine Podiumsrunde mit anschließender Diskussion statt. Podiumsteilnehmer kamen aus der Krankenhausseelsorge, Evangelische Kirche, Hospizbewegung, Uni-Kliniken Homburg, Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales und Gesundheitsministerium Den Haag.
Ziel der Veranstaltung war es, die hitzig geführte Debatte in den Medien und der Gesellschaft über Sterbehilfe zu versachlichen.
- Workshop „Servicestellen – Ein neues Angebot der Reha-Träger“ am 25.09.2001, in der Modernen Galerie – Saarland Museum, in Saarbrücken in Zusammenarbeit mit der LVA für das Saarland und der LAG „Hilfe für Behinderte“.
Das SGB IX, das am 1.7.2001 in Kraft getreten ist, verpflichtet die Rehabilitationsträger zur Einrichtung gemeinsamer Servicestellen. Ziel des Workshops war es, die Ausfüllung dieser gesetzlichen Verpflichtung den Behindertenvereinen, -verbänden, Selbsthilfegruppen und den Betroffenen zu verdeutlichen und bekannt zu machen.
- Workshop „Berufsbegleitende Arbeitsassistenz – Anspruch und Realität“ am 25.10.2001, in der Congresshalle Saarbrücken in Zusammenarbeit mit der Arbeitskammer und dem Landesbehindertenbeirat.
„Persönliche Arbeitsassistenz“ ist als neues Arbeitsmarktinstrument im Jahr 2000 neu in das Schwerbehindertengesetz aufgenommen wor-

den. Im Rahmen des Workshops sollten die Formen von Hilfeleistungen für Menschen mit schweren Behinderungen unter Berücksichtigung juristischer, politischer, regionaler und persönlicher Aspekte erläutert werden.

- Informations- und Arbeitsgespräch am 19.12.2001, im Landtag des Saarlandes betr. Einrichtung der Servicestellen im Saarland. Ziel der Veranstaltung war es, gemeinsam mit den Reha-Trägern Möglichkeiten der Einbindung der örtlichen Behindertenverbände, -vereine und Selbsthilfegruppen in die Arbeit der Servicestellen zu diskutieren und festzulegen. Ebenso wurde über den aktuellen Stand des Verfahrens diskutiert.
- Workshop „Gleichstellungsgesetze auf Bundes- und Landesebene – Das Ende eines langen Weges?“ am 18. April 2002 in der Modernen Galerie – Saarland Museum in Saarbrücken.

Über ein Landesgleichstellungsgesetz diskutierten auf dem Podium: Staatssekretär Josef Hecken, Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales, Hermann Scharf, behindertenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Gisela Kolb, behindertenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Ulrich Laschet, Geschäftsführer des VdK Deutschland, Wolfgang Gütlein, LfB.

In einer Gesellschaft, in der Gleichberechtigung nicht nur auf dem Papier stehen soll, müssen alle Menschen, behinderte wie nicht behinderte, gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilhaben können. Deshalb brauchen wir gesetzliche Regelungen auf Bundes- und Länderebene, die den grundgesetzlich verankerten Rahmen konkretisieren. Ziel dieser Gleichstellungsgesetze muss es sein, dass Menschen mit Behinderungen die Chance eröffnet wird, ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben – so weit wie möglich – zu führen.

Mit über 100 Teilnehmern war die Veranstaltung gut besucht.

- Eröffnungsveranstaltung zum Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen am 6. Februar 2003, in der Congresshalle Saarbrücken. Ministerin Dr. Regina Görner hatte eingeladen und im Rahmen eines Pressegespräches und einer Podiumsdiskussion die Schwerpunkte im Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen und die Leitlinien der saarländischen Behindertenpolitik vorgestellt.

Die Veranstaltung wurde gemeinsam vom Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales, dem Landesbehindertenbeirat, dem Arbeitskreis „Behindertenhilfe“ der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege, der LAG der Werkstätten für behinderte Menschen im Saarland und dem LfB durchgeführt. Ziel war eine stärkere Bewusstseinsbildung für die Integration behinderter Menschen zum Auftakt des Europäischen Jahres der Menschen mit Behinderungen zu erreichen.

- „Dialog im Dunkeln“, am 10. Mai 2003, im Restaurant Quack, Saarbrücken

Das Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales, der Blinden- und Sehbehindertenverein für das Saarland e.V., Pro Retina Deutschland e.V. und der LfB hatten Journalisten als „Multiplikatoren“ eingeladen.

Ziel des Treffens war es, die reale Erlebniswelt von blinden Menschen in den Bereichen, Kommunikation, Essen und Trinken zu vermitteln. Besondere Wahrnehmungssinne sollten aktiviert u. sensibilisiert werden, wie Geruch, Geschmack, Orientierung und Gehör. Die Teilnehmer konnten das Erlebte im Dialog vertiefen.

- Grenzüberschreitende Fachtagung „Tourismus – Barrierefreie Saar-Lux-Region für Alle“ am 12. Juni 2003, im Saarbrücker Schloss
Veranstalter: Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales, Familienministerium Luxemburg, ADAC Saarland e.V., LfB, Info-Handicap, Luxemburg. Im Podium vertreten waren: Ministerin Dr. Regi-

na Görner, Ministerin Marie-Josée Jacobs, Paul Niemczyk, ADAC Saarland.

Fachleute aus Tourismusbranche, wie z.B. Dr. Neumann, Uni Münster und Bernd Dreke, Tourismusverband Land Brandenburg e.V., stellten ihre Sicht der Dinge dar. Die Situation des barrierefreien Tourismus und die Problemlage in der Praxis saarländischer und luxemburgischer Betriebe wurden beleuchtet.

- Kino-Open-Air am 28. Juni 2003, in den Saarwiesen, Saarbrücken
Veranstalter: LfB in Zusammenarbeit mit SR 1, der LAG der Werkstätten für behinderte Menschen im Saarland e.V., dem Arbeitskreis „Behindertenhilfe“ der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Saar.

Gezeigt wurde der Film „Mein Bruder der Vampir“. Ziel der Veranstaltung war es, durch die Aufführung eines aktuellen amüsanten Kinofilmes einen zwanglosen Ort der Begegnung zu schaffen, die Kommunikation zwischen behinderten und nicht behinderten Menschen zu verbessern und gemeinsam zu feiern.

Die Veranstaltung besuchten über 1.100 Kinofans.

- Wanderausstellung „Barrieren abbauen“, vom 4. bis 8. August 2003, in der Sparkasse Saarbrücken
Die Ausstellung wurde von der Bayerischen Architektenkammer entwickelt und zur Verfügung gestellt.
Die Ausstellung verdeutlichte, dass durch barrierefreies Bauen nicht nur die Lebensqualität verbessert wird, sondern dass durch intelligente Planung und die Beachtung bestehender Vorschriften viel erreicht werden kann.
- Fachtagung „Pädagogik der Vielfalt – Von der Integration zur Inklusion“, am 13. November 2003, Haus Scheidberg, Wallerfangen
Veranstalter waren LfB, Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und

Soziales, Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft, die Arbeitsstellen für Integrationspädagogik und die Arbeitskammer des Saarlandes.

Referenten bei der Podiumsdiskussion waren Frau Daniela Kobelt Neuhäus, vom Arbeitszentrum Fort- und Weiterbildung, Elisabethenstift Darmstadt und Herr André Dupuis, Dipl.-Pädagoge aus Berlin.

Ziel war es, über die aktuelle Situation zu informieren und den TeilnehmerInnen Anregungen für die Arbeit mit behinderten und nichtbehinderten Kindern zu geben.

Die Ausstellung war mit rund 250 Teilnehmern sehr gut besucht.

- Vorstellung des „Barrierefreien Hotel- u. Restaurantführers für Alle“, am 15. März 2004, auf der Internationalen Tourismusbörse ITB, in Berlin, durch Frau Ministerin Dr. Görner, Frau Ministerin Jacobs, Familienministerin Luxemburg, Herrn Minister Boden, Tourismusminister Luxemburg, LfB, Herrn Niemczyk, ADAC Saarland e.V..

Im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wurde die Broschüre vom Saarland, Luxemburg und dem ADAC Saarland e.V. erstellt. Die Info-Schrift enthält 180 Angebote im Saarland und Luxemburg, die von Menschen mit einer Mobilitätsbehinderung genutzt werden können.

- Herausgabe der Dokumentation über die Fachtagung „Pädagogik der Vielfalt – Von der Integration zur Inklusion“, am 13. November 2003, im Haus Scheidberg, Wallerfangen, im September 2004. Es wurden 1.000 Exemplare verteilt.
- Kino-Open-Air am 2. Juli 2005, in den Saarliesen Saarbrücken, in Zusammenarbeit mit der Landesvereinigung Selbsthilfe Saarland e.V. Gezeigt wurde der Film „Jenseits der Stille“. Ziel der Veranstaltung war es, mit einem der schönsten deutschen Filme der letzten 10 Jahre die

Probleme von Menschen mit Hörbehinderung nichtbehinderten Menschen näher zu bringen bzw. zu sensibilisieren und einen zwanglosen Ort der Begegnung zu schaffen.

- Flyer „Fairness beim Parken“, herausgegeben im August 2005.
Herausgeber: LfB, Ministerium für Justiz, Gesundheit und Soziales, Ministerium für Familie, Frauen, Inneres und Sport und Verkehrssicherheitsbeauftragter der Polizei.

Im Rahmen einer Aktion in der Innenstadt Saarbrückens, die vom SR begleitet wurde, klemmte die Polizei die Faltblätter hinter die Scheibenwischer falsch parkender Autos, um „Falschparker“ auf ihr verbotswidriges Parken aufmerksam zu machen und sprach „ertappte“ Autofahrer auf ihr Verhalten an.

Andere Städte, wie beispielsweise Homburg, führten ebenfalls solche Aktionen durch. Es wurden insgesamt 10.000 Flyer bisher landesweit verteilt.

- Vorstellung der Broschüre „Servicestellen im Saarland“, im April 2006.

Die Broschüre wurde in Zusammenarbeit mit der Deutschen Rentenversicherung Saarland, der AOK Saarland, dem Landesbehindertenbeirat und dem LfB erstellt.

Die Broschüre gibt behinderten Menschen einen Überblick über Beratungsstellen und Auskunft über Hilfs- und Reha-Angebote im Saarland sowie viele Adressen von Vereinen und Verbänden im Behindertenbereich.

- Vorstellung der zweisprachigen Broschüre „Barrierefreier Tourismus in Luxemburg/Saarland“ am 9. Mai 2006, im Weltkulturerbe Völklinger Hütte im Rahmen der Europawoche durch Staatssekretär Schild und Herrn Niemczyk, ADAC Saarland sowie dem LfB.

Die grenzüberschreitende Broschüre wurde vom Ministerium für Justiz, Gesundheit und Soziales, dem luxemburgischen Ministerium für Familie und Integration, dem ADAC Saarland und dem LfB erstellt. Sie wurde finanziell unterstützt vom saarländischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit und dem luxemburgischen Tourismusministerium.

Sie enthält 80 Objekte aus der Großregion mit Schwerpunkt Museen, Sehenswürdigkeiten und Natur mit verlässlichen Angaben für Betroffene.

- Organisation des 31. Treffens der Bundes- und Landesbeauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen und der Bundesarbeitsgemeinschaft Rehabilitation am 16./17. Mai, in Mettlach, Hotel Saarpark

Gastgeber des 31. LfB-Treffens war der LfB. Neben aktuellen Themen, wie die Auswirkungen der Föderalismusreform auf die Belange von Menschen mit Behinderungen waren unter anderem das Persönliche Budget, Integrationsfachdienste, Frühförderung, das Merkzeichen „B“, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz sowie der barrierefreie, grenzüberschreitende Tourismus in Saarland und Luxemburg.

- Veröffentlichung des Flyers „Arbeitsassistenz – Chance auf Arbeit“ am 23. August 2006

Herausgeber waren Ministerium für Justiz, Gesundheit und Soziales, die Gemeinnützige Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit mbH/Haus der Parität und der LfB.

Informationen zur Unterstützung am Arbeitsplatz für behinderte Menschen, die ohne persönliche Arbeitsassistenz kaum eine Chance haben, einen adäquaten, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz zu finden.

- Fachtagung „Sexualität und Behinderung“ am 30. Mai 2006, in Haus Scheidberg, Wallerfangen

Veranstalter waren Ministerium für Justiz, Gesundheit und Soziales, der Landesverband der Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung und der LfB unter Mitwirkung des bundesweit renommierten Instituts für Sexualpädagogik Dortmund.

Zur Teilnahme eingeladen waren Menschen mit geistiger Behinderung und sonderpädagogisch Tätige. Im Rahmen von Vorträgen und Workshops wurden unter anderem die Themen Sexualaufklärung, Verhütung, Kinderwunsch und Elternschaft angesprochen. Es waren über 100 Teilnehmer nach Wallerfangen gekommen.

- Broschüre zum saarländischen Gleichstellungsgesetz mit Verordnungen am 15. November 2006, Herausgeber: Ministerium für Justiz, Gesundheit und Soziales und der LfB.

Die Broschüre dient Vertretern von Behindertenverbänden, Selbsthilfegruppen, Behörden und Institutionen sowie Behindertenbeauftragten als Handreichung in der Behindertenarbeit.

- Fortbildungsveranstaltung für kommunale Behindertenbeauftragte im Saarland, am 23. November 2006, in der Modernen Galerie, Saarbrücken. Veranstalter waren LfB in Zusammenarbeit mit Abt. E des Ministeriums für Justiz, Gesundheit und Soziales.

Referenten aus dem Ministerium für Inneres, Familie, Frauen und Sport, vom IT-Innovationszentrum, der Architektenkammer und vom Büro des LfB sprachen zu den Themen Kommunalrecht, Barrierefreies Bauen, Barrierefreie Kommunikation und grenzüberschreitender/barrierefreier Tourismus und das EU-Projekt EureCard/EureWelcome.

- Dokumentation zur Fachtagung „Sexualität und Behinderung“ im Januar 2007, Herausgeber waren der LfB, das Ministerium für Justiz, Gesundheit und Soziales und der Landesverband der Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung, Landesverband Saarland e.V..

Im Mai 2006 hatte im Hotel Scheidberg in Wallerfangen die Fachtagung „Sexualität und Behinderung“ stattgefunden. Sie hatte mit über 100 Teilnehmern eine unerwartet hohe Resonanz gefunden. Veranstalter waren das Ministerium für Justiz, Gesundheit und Soziales, der Landesbeauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen und der Landesverband der Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung unter Mitwirkung des bundesweit renommierten Instituts für Sexualpädagogik in Dortmund.

Die Dokumentation ist für Menschen mit geistiger Behinderung bzw. Lernschwierigkeiten sowie Betreuer und Mitarbeiter von Einrichtungen. Sie enthält eine Reihe von fachlichen Informationen, erläuternden Beispielen und Ergebnisse von Arbeitsgruppen. Es wurden 500 Exemplare bundesweit verteilt.

- Gemeinsame Veranstaltung mit der Haussprachfrühförderstelle für hörgeschädigte Kinder in der Caritasklinik St. Theresia „Spielend hören lernen“, am 10.02.2007, in der Caritasklinik St. Theresia, Saarbrücken.

Die Fortbildungsveranstaltung richtete sich an betroffene Eltern und Fachkräfte. Sie zeigte auf, wie auch für gehörlose und hochgradig schwerhörige Kinder ein hörgerichteter und aktiver Spracherwerb möglich ist. Im Seminar wurden zahlreiche Alltags- und Spielsituationen vom Säuglings- bis zum Vorschulalter besprochen. Praxisnah wurde gezeigt, wie man die Spielideen und Interessen des Kindes für die Hör- und Sprachförderung aufgreifen und nutzen kann.

- Gemeinsame Veranstaltung mit der Lebenshilfe Saarpfalz „Behindert heute – Welche Chancen?“, am 19.04.2007, im Landratsamt, Homburg

Die Fachtagung befasste sich überwiegend mit inhaltlichen Fragen. So bedeutet gesetzliche Wirklichkeit noch lange nicht gesellschaftliche Wirklichkeit. Nicht körperliche oder geistige Beeinträchtigungen als solche, sondern deren soziale Folgen, die Reaktionen der anderen lassen behinderte Menschen in erster Linie an ihrem Leben verzweifeln. Im Klartext: Behindert wird man nicht allein durch eine körperliche oder geistige Beeinträchtigung, sondern durch eine behinderte Gesellschaft, die Fremdheitserfahrungen nicht verarbeitet oder sie als Bedrohung ihres Selbstwertes versteht. Hierzu haben Referenten versucht entsprechende Antworten zu geben.

- Kino-Open-Air am 4. August 2007, in den Saarwiesen Saarbrücken unterhalb des Staatstheaters in Zusammenarbeit mit dem Verein für Körper- und Mehrfachbehinderte im Saarland e.V..

Zum Abschluss der Trilogie wurde der Film „Wo ist Fred!“ von Anno Saul mit Til Schweiger und Alexandra Maria Lara gezeigt. Filmkomödien über Menschen mit Behinderungen gibt es nur wenige. Der Film war eine toll-dreiste Klamotte, komisch und zum „Totlachen“. Die Veranstaltung war mit 1.500 Personen sehr gut besucht.

- Sommer 2007, Besuch der saarländischen Landrätinnen und Landräte

Ziel der Gespräche war es, die Situation von Menschen mit Behinderungen „vor Ort“ zu verbessern. Die Gesprächspartner hatten zugesagt, unter anderem die Thematik in Bürgermeisterdienstbesprechungen zu behandeln, beispielsweise die Umsetzung des Landesbehinderten-gleichstellungsgesetzes (barrierefreier Ausbau der öffentlichen Gebäude bis 2014 und die Webseiten barrierefrei zu gestalten), Ausbau der Haltestellen zum niveaugleichen Einstieg in Niederflurbusse, Unterstützung der Arbeit der kommunalen Behindertenbeauftragten, Ausbau der öffentlichen barrierefreien Infrastruktur (öffentliche Toiletten, Parkplätze, Rampen) und die Unterstützung des barrierefreien Tourismus.

Bei den Gesprächen mit den Landrätinnen und Landräten bin ich auf großes Interesse gestoßen und beabsichtige daher, diese „Tour“ in etwa drei Jahren zu wiederholen.

- „Tag des Behindertensports“, am 13. September 2007, in der Hermann-Neuberger-Sportschule, Saarbrücken

Veranstalter waren neben dem Landesbehindertenbeauftragten, das Sport- und das Bildungsministerium sowie der saarländische Fußballverband in Kooperation mit dem Saarländischen Behinderten- und Rehabilitations-Sportverband, den Förderschulen G und der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für behinderte Menschen im Saarland.

Es hat erstmals ein Fußballturnier auf dem Sportplatz der Hermann-Neuberger-Sportschule mit je vier Mannschaften aus Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und von Förderschulen G stattgefunden. Schirmherr der Veranstaltung war Sportminister Klaus Meiser. Alle an dem Turnier teilnehmenden Mannschaften hatten als Anerkennung für ihre gezeigten Leistungen einen Pokal erhalten.

- Sitzung der Beiräte für die Belange von Menschen mit Behinderung aus Luxemburg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland, am 29. November 2007, im Victor's Residenz-Hotel, Saarbrücken

Ministerin Jacobs, Luxemburg, Herr Keggenhoff, Präsident des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung, Rheinland-Pfalz und Minister Josef Hecken, Saarland, sprachen Grußworte. Themen waren die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen, grenzüberschreitender Tourismus, Zielvereinbarungen und die Vergabe von Labels für Barrierefreiheit.

Die trilaterale Zusammenarbeit der drei Länder bietet die Chance, einen wechselseitigen Austausch über vergleichbare Problemlagen und ihre Lösungsmöglichkeiten zu gestalten und daraus zu lernen.

Schon seit mehreren Jahren sind gemeinsame Projekte durchgeführt worden, insbesondere im Bereich des barrierefreien grenzüberschreitenden Tourismus, wie Tagungen, Erstellung von Broschüren sowie dem EU-Projekt EureCard/EureWelcome.

- Fachtagung „Persönliches Budget“, am 13. Dezember 2007, in der Congresshalle Saarbrücken

Ab 1. Januar 2008 haben alle Menschen mit Behinderungen einen Rechtsanspruch auf Beantragung eines persönlichen Budgets. Gerade bei der Umsetzung des Instrumentes persönliches Budget im Sinne des SGB IX gilt es, noch viele Barrieren und Schwierigkeiten auszuräumen. Hier herrscht bei allen Beteiligten noch großer Informations- und Aufklärungsbedarf.

Deshalb führten der Landesbeauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen und das Referat „Behindertenpolitik“ des Ministeriums für Justiz, Arbeit, Gesundheit und Soziales die Fachtagung „Persönliches Budget“ in der Congresshalle in Saarbrücken durch.